

PRESSEMITTEILUNG

Schülerdatei ist keine Stasidatei

Wir begrüßen den Beschluss über die Einrichtung einer zentralen Datei aller Berliner Schülerinnen und Schüler. Die Daten einer solchen Datei dienen nicht - wie manche Kritiker befürchten - einer lückenlosen Überwachung der Schüler. Das Gesetz zur automatisierten Schülerdatei verfolgt vielmehr wichtige bildungspolitische Ziele: Eine Verbesserung der Schulorganisation, der Schulentwicklungsplanung und eine effektivere Kontrolle und Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht.

Durch die Bündelung der Daten zahlreicher Behörden und der Schulverwaltungen können künftig die jährlich etwa 4000 Doppelmeldungen von Schülerinnen und Schülern vermieden und somit der Lehrbedarf besser geplant werden. Die Schulen und die Bildungsverwaltung können effektiver und kostensparender arbeiten.

Die sensiblen, persönlichen Daten über den Förderbedarf und die Herkunft der Schüler, die ebenfalls in der Datei erfasst werden, dienen der bestmöglichen Betreuung und Förderung der Schüler. Nur wenn bekannt ist, wo besonderer Unterstützungsbedarf liegt, kann dieser auch erfüllt werden. Diese Informationen sind nur begrenzt einsehbar und werden anonymisiert an die Schulverwaltungen weitergegeben.

Die Datei hilft auch Schulschwänzer einfacher ihren Bildungsstätten zuzuordnen. Bisher müssen sich die Behörden durch alle zwölf Berliner Bezirke „durchfragen“, um in Erfahrung zu bringen, wo ein Schüler schulpflichtig ist. Nun wird die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht für die Behörden einfacher und effektiver. Das ist wichtig, da die Schulausbildung für junge Menschen eine wichtige Basis für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben ist.

Es werden nur die notwendigen Daten erfasst und gespeichert. Die beteiligten Stellen können auch nur die Daten abrufen, die diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Während des gesamten Diskussionsprozesses wurde der Berliner Datenschutzbeauftragte einbezogen und Änderungsvorschläge von dieser Stelle in das Gesetz eingearbeitet, mit dem Ergebnis, dass der Datenschutzbeauftragte keine Beanstandung an dem Gesetzesbeschluss geäußert hat.

Soziale Bildungspolitik bedeutet, dass allen Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Unterstützung und Förderung zu Teil kommt. Die zentrale Schülerdatei trägt in unseren Augen dazu bei, dass die Unterstützung und Förderung auch dort geboten wird, wo sie benötigt wird!

Der Gesprächskreis Junge Sozialdemokratie Berlin ist Bestandteil der Pragmatischen Linken, das bundesweite Bündnis junger Menschen innerhalb der SPD die für eine moderne, realpolitische und soziale Politik eintreten. Grundsatz unserer Strömung ist es, dass sich sozial gerechte Wertorientierung und verantwortungsbewusste Politik nicht ausschließen, sondern einander bedingen.

Für Rückfragen:

Joschka Langenbrinck 0172 15 44 633
Dirk König 0162 63 92 982

Sprecher des Gesprächskreises Junge Sozialdemokratie Berlin